

Ein Palästina?

– Entwicklungsprogramme anstatt Regierungspolitik –

von Reiner Bernstein, z.Z. Jerusalem¹

Nachdem im Zuge der Prinzipienerklärung vom 13. September 1993 („Oslo I“) die Geberkonferenz der Weltbank in Washington ein umfangreiches Dollar-Programm zur wirtschaftlichen Entwicklung der palästinensischen Gebiete auflegte, ergab sich die Gelegenheit, dass ich mich beim deutschen Vertretungsbüro in Ramallah nach den politischen Komponenten der Vorlage erkundigen konnte. Die Nachfragen lösten unwirsche Reaktionen aus.

Denn alle Welt, ausgenommen das israelische Kabinett Yitzhak Rabins, war davon überzeugt, dass mit den feierlichen Unterschriften vor dem Weißen Haus der Weg in den Staat Palästina geebnet sei, obwohl das Dokument und die ihm zwei Jahre später folgende Interimsvereinbarung („Oslo II“) das Ziel eines palästinensischen Staates nicht hergab. Vielmehr räumten sie samt dem Pariser Protokoll vom April 1994, besiegelt durch Arafats Unterschrift, allen israelischen Regierungen freie Hand ein, vor allem in der Zone C auf rund 60 Prozent der Westbank das eigene politische und demographische Regiment zu etablieren und durchzusetzen.

Dennoch hat auch zwei Jahrzehnte später die internationale Diplomatie von der Zwei-Staaten-Lösung nicht Abschied genommen, obwohl deutlich ist, dass weder Palästinenser noch Israelis an sie mehr glauben wollen. Auch die vor Ort stationierten diplomatischen Missionen scheinen ihr keine realistische Chance einzuräumen, weil alle Fakten in eine andere Richtung als jene weisen.

¹ Abgeschlossen am 25. Mai 2013.

Quasi-politische Verantwortung haben stattdessen internationale Projekte und Hilfen mit erheblichen finanziellen und personellen Mitteleinsatz übernommen, die den einzelnen Regierungen attachiert sind – für die Bundesrepublik neben den politischen Stiftungen vor allem das Landesbüro Palästina der „Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)“ als hundertprozentiger Tochter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Kooperation und Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt und mit weiteren Bundesministerien.

Was sie unter den bekannten Bedingungen der israelischen Besatzung und ihrer Verweigerung grundlegender Rechte und Bedürfnisse sowie unter den Palästinensern bei manch unzureichenden und strukturellen Defiziten auf den Feldern von Beratung, Planung, Qualifizierung, Transparenz, Koordination, Wettbewerbsfähigkeit und Entscheidungsfindung anbieten und ausrichten, kann als vorbildlich gelten. Denn Rückschläge eingerechnet, haben es sich die genannten Institutionen und Träger vorgenommen, in den Sektoren

- *Wasserqualität und -bewirtschaftung, Wasseraufbereitung und -sauberkeit sowie Abwasser-Management; Nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, wirtschaftliche Reformen, Arbeitsmarkt und Berufsbildung; gute Regierungsführung und Stärkung der Zivilgesellschaft –*

- *Sicherheit (Unterstützung beim Aufbau der palästinensischen Polizei), kulturelle und soziale Dienstleistungen (in Flüchtlingslagern und Gaza) sowie ziviler Friedensdienst –*

Initiativen anzustoßen, die auf die Ingangsetzung von selbsttragender Verantwortung abzielen, und zwar unter Vermeidung

von Alleingängen, die auf die Abstimmung mit den Partnern verzichtet.

Ein erstes beeindruckendes Beispiel hierfür bieten die Programme zur Standardisierung von Aufgaben der lokalen Selbstverwaltung – zu denen auch digitale Personenstandsregister zählen –, weil diese aufgrund ihrer Dienstleistungsnähe bei gleichzeitig sinkenden öffentlichen Haushaltseinnahmen (zurückzuführen auf eine insgesamt stagnierende Wirtschaft mit beträchtlichen Arbeitslosenraten, die auch in Ost-Jerusalem ins Auge springen, wo die Annexion von 1980 das internationale Zugangsmandat verhindert) das Rückgrat für die ansässige Bevölkerung bilden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit ist darauf ausgerichtet, die – wie es in der GIZ-Broschüre „Accepting Challenges“ heißt – verschütteten Potentiale unter den palästinensischen Jugendlichen und dort vor allem bei Mädchen und jungen Frauen mittels (Fort-)Bildung, Berufsfindung, sozialer Stabilisierung und lokalpolitischer Partizipation zu heben sowie Krisenprävention und -bearbeitung und psychosoziale Betreuung anzubieten.

Einige strukturelle Daten

Im dritten Quartal 2011 waren von den rund 751.000 Arbeitskräften in der Westbank (= 45,3 Prozent aller verfügbaren Arbeitskräfte ab 15 Jahre) 488.730 im privatwirtschaftlichen Sektor (65 Prozent), 172.730 im öffentlichen Dienst (23 Prozent) sowie 87.000 in den jüdischen Siedlungen (12 Prozent) tätig. Interessanterweise wurden zu den im öffentlichen Dienst Beschäftigten fast 100.000 Menschen samt ihren Familien gerechnet, die nach der Ersten und der Zweiten „Intifada“ aufgefangen wurden. Während der Durchschnittsverdienst in den Siedlungen bei 160,5 Neue Shekel pro Tag gelegen habe,

wurden anderenorts 84,8 und im Gazastreifen nur 60,2 Neue Shekel pro Tag verdient².

Gemäß einer Schätzung der Weltbank für 2009 haben im zur Zone C gehörenden Jordantal die rund 56.000 Palästinenser – darunter 70 Prozent in und um Jericho sowie 15.000 als Halbnomaden lebende Beduinen – zu nur 60 Quadratkilometern der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen und zu knapp 30 Prozent der nicht bewässerten Böden Zugang³.

Nach Angaben der Weltbank gingen 2009 der palästinensischen Landwirtschaft in der Zone C jährlich Einnahmen von 480 Millionen US-Dollar (etwa zehn Prozent des Bruttosozialprodukts) und 110.000 Arbeitsplätze verloren⁴. Im Jahr 2010 soll die israelische Besetzung der palästinensischen Wirtschaft 6,897 Milliarden US-Dollar gekostet und damit fast 84,9 Prozent des geschätzten Bruttosozialprodukts verschlungen haben⁵.

Erste Tropfen auf einem heißen Stein?

Die Arbeit der GiZ in der Westbank ist von tragender Bedeutung, weil ein fortwährender Status persönlicher Arbeitslosigkeit die Gefahr der Verschwendung kostbarer Zeit nach innen und kaum kontrollierbarer Gewaltausbrüche nach außen in sich birgt. Die deutschen Hilfsstrategien scheinen außerdem nach allem, was zu hören ist,

² Palestine Monitor: Factbook 2012, ed. by the „Palestinian Medical Relief Society (PMRS)“, S. 16 f.

³ Ma'an Development Center: Restricted Access and Its Consequences. Israeli Control of Vital Resources in the Jordan Valley and Its Impact on the Environment. 2011, S. 21.

⁴ Ma'an Development Center, a.a.O., S. 21.

⁵ Palestine Monitor, a.a.O., S. 23.

deshalb besonders anerkannt zu sein, weil sie sich nicht von den prekären Konjunkturschwankungen im Lande abhängig machen, denen etwa die „United States Agency for International Development (USAID)“ durch Einflussnahmen des Senats in Washington ausgesetzt ist.

Will man die genannten Ansätze auf eine gemeinsame Formel bringen, so dann die, dass ihnen eine Qualität innewohnt, welcher die Diplomatie der Regierungen bislang aus dem Wege ging:

Die Rhetorik von den zwei Staaten wird von Konzepten und operativen Formaten einzelner Stäbe und Ämter überlagert, mögen sie noch wie der Tropfen auf dem heißen Stein wirken. Sie könnten jedoch auf eine politische Zukunft hinauslaufen, die von Einheiten der territorial und subsidiär definierten Selbstverwaltung und Eigenverantwortung geprägt sind. Dann würden sie mit föderativen Theoriemodellen eines Verfassungsrechts korrespondieren, ohne schon die Ausgestaltung von Gesamt- und Teilsouveränitäten anzugehen. Davon wird auch Israel mit seiner gescheiterten „melting pot“-Ideologie – der jüdischen „Einsammlung der Zerstreuten“ (Deut. 30,3-5) – und mit seinem rund 20 Prozent umfassenden arabischen Bevölkerungsanteil nicht unberührt bleiben.

Washingtons Penetrant gefragt: Ist sich die Bundesregierung des politisch prognostischen Wertes der Arbeit ihrer Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit bewusst, und ist sie gewillt, deren in die politische Zukunft weisende Bedeutung ernst zu nehmen? War Berlin bei der Entscheidung über die volle Anerkennung Palästinas bei den Vereinten Nationen deshalb so zögerlich, weil sie sich ihrer Überzeugung von der Validität zweier Staaten nicht mehr sicher ist?

Vor einigen Jahren hatten der Israeli Tom Segev und der Palästinenser Sari Nusseibeh mit ihren Büchern „Es war einmal ein Palästina“ (München 2005) und „Once Upon a Country“ (London

2007) international erhebliche Diskussionen ausgelöst. Die Zahl der Palästinenser steigt, die einen israelischen Pass beantragen: Die sozialpolitischen Vorteile überwiegen die nationalen Empfindungen. Am 04. Juni kündigt das Amt des Ministerpräsidenten die Anstellung von 400 arabischen Lehrern in jüdischen Schulen an, die an einem Lehrkräftemangel leiden. Gehört die politische Zukunft einem Gemeinwesen, in dem zusammenwächst, was territorial, wirtschaftlich und kulturell zusammengehört?

Auf dem jüngsten Weltwirtschaftsforum, diesmal in Davos, hat John Kerry ein Hilfsprogramm von vier Milliarden US-Dollar für die palästinensische Wirtschaft verkündet und das Interesse am politischen Prozess als oberste Priorität nachgeschoben. Wer hat den Mut, an das Gelingen dieser Abfolge zu glauben? Dass Tony Blair als glückloser Beauftragter des Nahost-Quartetts mit der Leitung des Programms betraut worden ist, stimmt nicht gerade optimistisch.
